



Pressekonferenz am Tag vor der Duma-Anhörung. V.l.n.r.: Lyndon LaRouche, Helga Zepp-LaRouche und Dr. Glasjew

Der Ökonom Lyndon LaRouche wurde am 29. Juni erstmals offiziell vom Parlament einer Weltmacht zu einer wichtigen Anhörung eingeladen. Seine Perspektive einer eurasischen Kooperation für einen weltweiten Wirtschaftsaufschwung trifft in Rußland auf immer mehr Zustimmung — vor allem deshalb, weil das Platzen der weltweiten Finanzblase das Land in schwerste wirtschaftliche Krisen zu stürzen droht.

Finanzkrise: LaRouche rät Rußland zu Neuem Bretton Woods

Der 29. Juni 2001 könnte einmal als historischer Tag in Erinnerung bleiben. Lyndon LaRouche erläuterte erstmals auf einer offiziellen Anhörung des russischen Parlaments, der Staatsduma, die wichtigsten Punkte seiner Politik zur Reorganisierung des Weltfinanzsystems und zur globalen Wirtschaftserholung im Rahmen einer eurasischen Kooperation. Die parlamentarische Anhörung „Über Maßnahmen

zur Sicherung der russischen Wirtschaftsentwicklung unter Bedingungen einer Destabilisierung des Weltfinanzsystems“ stand unter der Leitung von Dr. Sergej Glasjew, dem Vorsitzenden des Duma-Ausschusses für Wirtschaftspolitik und Unternehmertum.

Neben Lyndon LaRouche, der zuerst aufgerufen wurde, sprachen auch die Präsidentin des Schiller-Instituts Helga Zepp-LaRouche, der Schiller-Institut-

Berater Dr. Jonathan Tennenbaum, der italienische Senator Ivo Tarolli, der malaysische Botschafter in Rußland sowie eine Reihe führender russischer Finanzexperten, darunter Akademiemitglied Prof. Dmitrij Lwow, der die Wirtschaftsfakultät der russischen Akademie der Wissenschaften leitet. Die Anhörung verfolgten etwa 150 Abgeordnete und Regierungsberater; außerdem wurde sie über den internen Fernsehkanal direkt in alle Duma-Büros und in den Kreml übertragen. Die offizielle Mitschrift wurde am 30. Juni veröffentlicht.

Hintergrund dieser ersten offiziellen Einladung durch das Parlament einer führenden Weltmacht ist LaRouches Ansehen als Wirtschaftswissenschaftler, das besonders seit dem Kollaps der „New-Economy“-Blase weltweit erheblich gestiegen ist. Beobachter nannten es eine nicht geringe Ironie, daß die Einladung von Rußland und nicht von LaRouches eigenem Land, den USA, dem Epizentrum der anhaltenden Finanzkrise, ausging.

Am Tag vor der Duma-Anhörung fand im berühmten „Zentralen Haus des Journalismus“ in Moskau eine internationale Pressekonferenz statt. Vor einer großen Menge von Journalisten und Kameraleuten sprachen Glasjew, Lyndon und Helga LaRouche, Tennenbaum und der russische Finanzexperte Mitjajew über die Hauptthemen, die auf der Anhörung zur Sprache kommen sollten. Insgesamt waren 4 Fernseh- und 2 Radiosender sowie 17 große Zeitungen und Magazine vertreten; außerdem wurde die Veranstaltung live über Internet verbreitet. Berichte über die Pressekonferenz wurden am Abend von mehreren Fernsehstationen gesendet.

Die Parlamentsanhörung begann um 10 Uhr im Malij-Saal des Duma-Gebäudes. Der Vorsitzende Glasjew eröffnete die Sitzung mit einem Rückblick auf den Kollaps des russischen Finanzsystems im August 1998 und warnte, daß eine neue Krise des Weltfinanzsystems infolge eines Kollapses der riesigen Spekulationsblase schwere Folgen für die russische Wirtschaft haben könnte. Rußland müsse deshalb Maßnahmen ergreifen, um sich vor den destabilisierenden Wirkungen einer neuen globalen Krise zu schützen. Aus diesem Grund habe der wirtschaftspolitische Ausschuß russische und ausländische Experten eingeladen. Er dankte insbesondere Herrn und Frau LaRouche und dem Schiller-Institut, ihre Teilnahme zugesagt zu haben.

Glasjew gab dann dem „bekannten Philosophen, Historiker und Ökonomen Lyndon LaRouche“ das Wort als erstem Redner der Anhörung. LaRouches politische Erklärung war eine kondensierte Darstellung der heutigen Weltkrise, der notwendigen Lösungsschritte zur Konkursreorganisation des Finanzsystems sowie Rußlands entscheidender Rolle, um eine von Eurasien ausgehende weltwirtschaftliche Erholung einzuleiten.

Im Anschluß an LaRouche schilderte Schiller-Institut-Berater Dr. Jonathan Tennenbaum anhand zahlreicher Diagramme und Schaubilder die „alpträumhafte Lage“, wie sie sich in den USA und dem gesamten

Weltfinanzsystem entwickelt hätte. Tennenbaum erinnerte daran, daß führende sogenannte Finanzexperten und Politiker in den USA noch nach dem Krach von 1929 und der beginnenden „großen Depression“ die Existenz einer Krise abgestritten hätten. Erst als Franklin D. Roosevelt Präsident wurde, wurden Maßnahmen eingeleitet, die der Realität in den USA angemessen waren. Dies sollte allen heute eine Lehre sein.

Im weiteren Verlauf der Anhörung wurden viele Argumente Tennenbaums auch von Andrej Kobjakow aufgegriffen, einem der angesehensten russischen Finanzexperten, der regelmäßige Beiträge für das russische Wirtschaftsmagazin *Expert* schreibt. Kobjakow meinte, der Mechanismus, wie die „globale Finanzpyramide“ entstanden sei, ähnele dem Prozeß, wie der berühmte russische Investmentfonds MMM kollabiert sei. Er verwies auf die „reine Habgier“ und die von den Medien manipulierte öffentliche Meinung als entscheidende Faktoren für den Aufbau der gigantischen Blase im US-Finanzsystem, die jetzt platze.

Der nächste Sprecher nach Tennenbaum war das Akademiemitglied Dmitrij Lwow, einer der bekanntesten Ökonomen Rußlands und derzeit Vorsitzender der Wirtschaftsfakultät der russischen Akademie der Wissenschaften. Als offener Kritiker der neoliberalen „Reformer“, die nach wie vor führende Positionen in der russischen Regierung innehaben, wird Lwow jetzt immer häufiger in den Kreml gerufen, um seine Ansichten über wichtige politische Fragen darzustellen.

In seiner Rede bei der Anhörung betonte Lwow, die jetzige Weltkrise gehe weit über eine bloße Finanzkrise hinaus; es sei zu einer Häufung von Naturkatastrophen gekommen, die einen steigenden Anteil der Gesamteinkommens vieler Länder aufzehren und deren Wirtschaftskollaps beschleunigten. Das Hauptproblem sei, daß natürliche Ressourcen und die Kosten zu ihrer Erhaltung in den Finanzrechnungen der Länder nicht auftauchen. Rußland insbesondere sei um den Großteil seines Einkommens aus Naturschätzen gebracht worden, die von den „Oligarchen“ ausgebeutet würden. Er forderte den Staat als Vertreter des gemeinsamen Interesses der Bevölkerung auf, den nationalen Besitz der Naturressourcen geltend zu machen, „die Rußland von Gott gegeben“ seien und nicht von irgendwelchen privaten Geschäftsinteressen. Auf diese Weise könnte eine wesentliche Einkommensquelle für Investitionen in die nationale Infrastruktur und die Industrieentwicklung nutzbar gemacht werden.

Als nächster ergriff der malaysische Botschafter in Rußland, Yanya Baba, das Wort. Er zeigte sich erfreut über die Aussicht, daß „das Ende für das IWF-System“ nahe sei, und befand es notwendig, „ein neues globales Finanzsystem zu schaffen.“ Er berichtete, wie die Befolgung der „Ratschläge“ von IWF und Weltbank Malaysia in ein Beinahe-Desaster geführt hätte, als die asiatische Finanzkrise bereits 1997 ausbrach. Zum Glück habe die malaysische Regierung gegen den Protest des IWF die Einführung von Kapitalkontrollen beschlossen, und seitdem habe sich die Währungs- und Wirtschaftslage des Landes wieder stabilisiert.

Eine Lehre daraus sei, so meinte er, daß staatliches Eingreifen entscheidend sei, um den Märkten ein „Gewissen“ und ein Kriterium des Gemeinwohls zu verleihen.

Ein Höhepunkt der Veranstaltung waren die Ausführungen des italienischen Senators Ivo Tarolli, der mit ausdrücklicher Genehmigung des italienischen Parlamentspräsidenten an der Anhörung teilnahm. Tarolli, Vizepräsident der Parlamentariergruppe „Centro Cristiano Democratico“, die der neuen Regierungskoalition angehört, beschäftigte sich mit der Lage in den Entwicklungsländern und der Notwendigkeit einer „Bretton-Woods-Reform“ des Weltfinanzsystems. Er berichtete über eine Initiative, mit der er selbst und eine Gruppe Abgeordneter im März an die italienische Regierung appelliert hätten, „auf internationaler Ebene die Organisation einer neuen Konferenz mit den Staats- und Regierungschefs anzuregen, ähnlich der Konferenz von Bretton Woods 1944 mit dem Ziel, ein neues internationales Währungssystem zu schaffen und notwendige Maßnahmen zu ergreifen, um die Mechanismen finanzieller Instabilität zu eliminieren und Programme zum Neustart der Realwirtschaft zu beschließen.“

Kurz danach sprach Helga Zepp-LaRouche, die Gründerin und Präsidentin des Schiller-Instituts. Ihre Rede bezeichneten mehrere russische Teilnehmer später als „überraschende und tief bewegende Erklärung“. Sie schilderte die dramatische Lage in der Welt und betonte, daß gerade die deutsche Bevölkerung nach ihrer leidvollen Geschichte sehr hellhörig werde, wenn es um die Beziehung zwischen Wirtschaftskrise und Kriegsgefahr gehe. Sie beschrieb, wie Wilhelm Lautenbach und andere Anfang der 30er Jahre einen Wirtschaftsplan für Deutschland erarbeitet hätten, der die Machtübernahme Hitlers hätte verhindern können. Leider sei der Plan nicht umgesetzt worden. Heute sei das wichtigste Mittel, um einen Krieg zu verhindern, die Entwicklung der Eurasischen Landbrücke und das Neue Bretton Woods.

Mehrere prominente Vertreter der russischen Finanzelite betonten die Notwendigkeit, das Bankensystem des Landes zu stärken, Destabilisierungen von außen abzuwehren und eine langfristige Kreditvergabe an den produktiven Sektor sicherzustellen. Besonders zu nennen sind hier der Präsident der Vereinigung Russischer Banken Sergej Jegarow und der bekannte Finanzanalyst Dmitrij Mitjajew vom Zentrum für Systemvorhersage.

Inmitten der Sitzung wurde die ernsthafte und konzentrierte Diskussion durch einen Auftritt des Politclowns Wladimir Schirinowskij unterbrochen. Als Vizepräsident der Duma verschaffte er sich Rederecht und machte einige völlig konfuse Bemerkungen über die Weltlage und darüber, wie Rußlands Wirtschaft gestärkt werden könnte. Am Ende verstieg er sich zu wilden frauenfeindlichen Äußerungen, wonach Frauen keine Richter, Ökonomen, Ärzte oder gar Köche

werden dürften. Seine verdiente Lektion erhielt Schirinowskij, als anschließend die bekannte Wirtschaftswissenschaftlerin und frühere Duma-Abgeordnete Tatjana Korjagina das Wort ergriff und bemerkte:

„Helga und ich halten unsere Reden trotz der Einschüchterungsversuche, die wir von Herrn Schirinowskij gehört haben ... Vielleicht wäre es für uns Frauen tatsächlich besser, in der Küche zu sitzen, wenn es nicht so viele männliche Stümper gäbe, die im Fernsehen etwas zu sagen haben, und wenn die brillante Rede von Wladimir Wolfowitsch [Schirinowskij] nicht so inkohärent gewesen wäre, wie jedesmal.“

Korjagina, führende Wirtschaftsforscherin des Makroökonomischen Instituts des Ministeriums für Wirtschaftsentwicklung und Handel, die auch das Schiller-Institut in Rußland repräsentiert, beschrieb, wie sie und ihre Kollegen bereits im Herbst 1997 im Detail vor einem drohenden Finanzkollaps in Rußland gewarnt hätten. Leider sei auf die Warnungen, die sich als vollkommen zutreffend erwiesen hätten, nicht gehört worden. Jetzt wolle sie eine weitere Voraussage machen, daß nämlich in diesem August ein weltweites Finanzbeben einsetzen werde, dessen Epizentrum in den Vereinigten Staaten liege. Ihrer Meinung nach werde dieses Beben wahrscheinlich durch vorsätzliches Handeln einiger Gruppen auf internationaler Ebene ausgelöst.

Zum Abschluß der Anhörung fragte der Vorsitzende Glasjew Lyndon LaRouche, welche der angesprochenen Punkte während der Sitzung er am wichtigsten finde. LaRouche betonte die Feststellung Lwows, daß es in den meisten Wirtschaftsanalysen unterlassen werde, die Kosten für den Erhalt der Wirtschaftsinfrastruktur und der Naturressourcen zu berücksichtigen. Wenn diese — größtenteils unbezahlten — Kosten einberechnet würden, erweise sich das scheinbare Nominalwachstum der amerikanischen Wirtschaft in der Zeit seit Einführung „gleitender Wechselkurse“ und der nachindustriellen Politik 1971 realwirtschaftlich als Nettoverlust. „Wenn man weniger als 50-60 Prozent der Einnahmen für Infrastruktur und deren Ausbau ausgibt, ... zerstört sich die Wirtschaft selbst ... Der Staat muß die Verantwortung dafür übernehmen, die Kosten für den Erhalt oder die Ersetzung der benutzten Ressourcen zu bezahlen ... Dies ist das am meisten vernachlässigte wirtschaftliche Element in den letzten 30 Jahren.“

Am Ende der Anhörung dankte Glasjew den Teilnehmern: „Ich glaube, innerhalb von einer Woche wird im Wirtschaftsausschuß über einige Empfehlungen beraten werden. Es wird Beschlüsse geben, und diese werden an die Staatsorgane unseres Landes übersandt. Ich hoffe, daß die führenden Stellen unseres Landes, die Zentralbank, die Regierung und natürlich die Staatsduma die Schlußfolgerungen aus unserer Anhörung nutzen werden. Und wir werden weiter an diesen Problemen arbeiten.“

Auf dieser und den folgenden Seiten bringen wir Auszüge aus einigen wichtigen Beiträgen während der Anhörung des Duma-Ausschusses für Wirtschaftspolitik und Unternehmertum am 29. Juni in Moskau.

„Finanzpyramiden enden immer im Zusammenbruch“

Dr. Sergej Glasjew ist selbst Wirtschaftswissenschaftler und Vorsitzender des Duma-Ausschusses für Wirtschaftspolitik und Unternehmertum.

Wir erinnern uns noch gut an die Ereignisse 1998, als die russische Wirtschaft innerhalb von nur zwei Wochen um den Faktor 30 abgewertet wurde. Und bis zum heutigen Tag kamen Millionen von Bürgern nicht an ihre Ersparnisse, die infolge des Finanzkollapses verloren gingen und die sie wahrscheinlich nie zurückerhalten werden.

Es ist für uns heute sehr wichtig, da die russische Wirtschaft in eine Wachstumsphase eingetreten ist, unsere eigenen traurigen Erfahrungen und die Erfahrungen anderer Länder sorgfältig zu bewerten, um sicherzustellen, daß potentielle Gefahren, die mit der Vertiefung der globalen Finanzkrise in Zusammenhang stehen, die Erholung unserer Industrie und unserer Wirtschaft als ganzer nicht in Frage stellen.

Die Situation erscheint ziemlich widersprüchlich. Einerseits wird uns gesagt, es bestehe keine unmittelbare Gefahr einer Finanzkatastrophe, und vor allem die amerikanische Wirtschaft werde sich, so hieß es in Stellungnahmen vieler Regierungsvertreter, erfolgreich aus dem Zustand der Destabilisierung befreien, die im vergangenen Jahr und Anfang dieses Jahres einsetzte. Nichtsdestoweniger gibt es bestimmte Gesetzmäßigkeiten wirtschaftlicher Entwicklung, deren Folgen man nicht außer acht lassen kann...

Unglücklicherweise interessieren sich unsere Abgeordneten und die russische Öffentlichkeit im allgemeinen nur wenig für die tatsächlichen Wirtschaftsdaten, die den Zustand des weltweiten Finanzsystems beschreiben. Man kann gerade heraus sagen, weder in unserer Presse, noch in Diskussionen wird diesem Thema größere Aufmerksamkeit geschenkt.

Trotz des scheinbaren Reichtums sehen sich unser Land wie auch führende westliche Staaten und tatsächlich auch das Weltfinanzsystem einer Reihe erheblicher Probleme gegenüber. Seit 1971 stehen wir vor der einzigartigen Situation, daß der US-Dollar die Position einer Weltwährung eingenommen hat, deren Ausgabe keiner ernsthaften Kontrolle unterliegt. Die Finanzstrukturen, die mit dem Zentrum der Geldschöpfung der amerikanischen Währung verbunden sind, unterliegen einem ziemlich lockeren Haushaltsrahmen, wie wir sagen. Das heißt, sie können innerhalb des Federal Reserve Systems so viel Dollar zu Refinanzierungszwecken schaffen, wie weltweit nachgefragt werden. Diese Nachfrage wurde durch eine Reihe spekulativer Finanzaktivitäten seit 1971 künstlich

hochgehalten. Diese spekulativen Aktivitäten saugten auf Grund der Prinzipien einer Finanzpyramide, auf denen sie gründen, eine enorme Menge an Kapital auf. Diese künstliche Nachfrage wird für die eine oder andere Art von Wertpapieren und Derivaten hochgetrieben. Daraus entwickelt sich die sogenannten Blasenwirtschaft, wobei wir hinter der Fassade hektischer Wirtschaftsaktivitäten und hoher Gewinne den Bankrott der Realwirtschaft und die Zerstörung der realen Produktivität feststellen müssen. Diese gesamte scheinbare Prosperität beruht einfach auf der Umverteilung des nationalen Reichtums zum Vorteil der Finanzspekulanten.

Zusammenbrüche waren immer das Endresultat von Finanzpyramiden — der Kollaps der nationalen Finanzsysteme erfolgte, weil sich diese in jene Art von Finanzpyramiden hineinziehen ließen.

Die Zusammenbrüche, die Rußland erlebte, gingen natürlich auf innere Gründe zurück. Dazu gehört mit am wichtigsten unsere eigene Finanzpyramide, die zunächst mit den Anleihen der privatisierten Unternehmen und dann mit den GKO-Anleihen aufgebaut wurde. Diese mußte unvermeidlich zusammenbrechen, riß Millionen Dollar aus den Devisenreserven mit sich, die das Land verließen, und hinterließ Verluste in Höhe von 400 Mrd. Rubeln. Aber diejenigen, welche auf unseren Märkten spekulierten, konnten ihre Vermögen um ein Vielfaches vergrößern. Schätzungsweise erzielten die „glücklichen Investoren“ für jeden Dollar, den sie zu spekulativen Zwecken in das russische Finanzsystem investierten, 20-30 Dollar an Gewinn. Da sie diese Gelder vor dem Finanzzusammenbruch außer Landes schafften, können sie nun den Prozeß umkehren und [mit den 30 Dollar Gewinn] Eigentumsrechte in der russischen Wirtschaft erwerben, die als Folge der Abwertung aller Werte der russischen Wirtschaft um den Faktor 30 nach dem Finanzcrash etwa 900 Dollar vor der Krise entsprechen.

Dieses Beispiel verdeutlicht das Ausmaß der Plünderung, die in der Weltwirtschaft von denen vollzogen werden kann, die sie trickreich in den Zustand eines „kontrollierten“ Chaos versetzt haben. Aber heute besteht das Problem, daß dieses Chaos außer Kontrolle geraten ist.

Die Verschuldung der USA übersteigt jedes vernünftige Maß. Die Finanzsysteme Südostasiens und Ruß-

lands wurden nach der Finanzkrise von 1997 zerstört. Viele Milliarden Dollar waren erforderlich, um das Finanzsystem der lateinamerikanischen Länder vor dem Zusammenbruch zu retten. Aber der Druck ist seither nur noch gestiegen, denn der Mechanismus, mit dem spekulative Supergewinnen herausgepreßt werden, kann nicht gestoppt werden...

Wir erleben heute, daß sich das Krisenzentrum zum Kern des globalen Finanzsystems hinbewegt. Die Turbulenzen auf den amerikanischen Märkten Ende letzten und Anfang dieses Jahres hätte man als Finanzkatastrophe bezeichnet, hätten sie sich vor fünf Jahren ereignet. Aber heute sind sie im Rahmen der permanenten Finanzkrise so normal geworden, daß wir von dem Verlust von drei Billionen Dollar auf dem amerikanischen Aktienmarkt im Bereich High-Tech-Unternehmen und damit verbundener Marktsegmente kaum mehr Notiz nehmen, obwohl es sich um eine schwere Erschütterung handelt, nach der man mit weiteren Schocks für das weltweite Finanzsystem rechnen müßte. Mit andere Worten, das Schwungrad der schrankenlosen Spekulation, angetrieben durch die unbegrenzte Geldschöpfung der Weltwährung — die derzeit der Dollar ist —, wurde so angekurbelt, daß niemand es anhalten kann. Vielleicht läßt es sich noch in einem Zustand scheinbaren Gleichgewichts halten. Aber wie wir wissen, existieren Finanzpyramiden nicht ewig.

Vor diesem Hintergrund und angesichts von Prognosen, nach denen sich die Destabilisierung des weltweiten Finanzsystem in der nahen Zukunft verstärken wird, sollten wir uns darauf vorbereiten, selbst jetzt noch die Folgen und die destabilisierenden Folgen der weltweiten Finanzkrise auf die russische Wirtschaft abzuwenden.

Die russische Wirtschaft ist heute gegenüber dem Weltfinanzsystem sehr exponiert und sehr angreifbar. Es reicht wohl, darauf hinzuweisen, daß die russische Währung, was das Funktionieren der russischen Wirtschaft angeht, weniger eingesetzt wird als andere

Währungen der Welt. Russische Ex- und Importe werden in Dollar bewertet. Hinzu kommt, daß auch unsere Devisenreserven in Dollar ausgewiesen sind. Das gleiche gilt für die in Dollar ausgewiesenen Obligationen russischer Banken sowie die in Dollar ausgewiesenen Transaktionen und die in Dollar ausgewiesenen Sparguthaben unserer Bürger. Es zeigt sich, unser Finanzsystem ist im wesentlichen ein Wurmfortsatz des Weltfinanzsystems, in dem der amerikanische Dollar eine vorherrschende Rolle spielt.

Sollte es zu einer Destabilisierung dieses Systems kommen, wird die russische Wirtschaft zweifelsohne extremen Turbulenzen ausgesetzt sein. Es ist nicht schwierig, sich deren Ausmaß vorzustellen. Es wird meiner Ansicht nach mit den Folgen des Finanzzusammenbruchs von 1998 vergleichbar sein, wenn es uns nicht gelingt, unser Finanzsystem vor den zerstörerischen Einflüssen der Weltfinanzkrise zu schützen.

Dieses Problem wollen wir in unserer parlamentarischen Anhörung erörtern: Es geht um Möglichkeiten, die Stabilität unseres Finanzsystems zu erhöhen und wirtschaftliche Sicherheit in einer Situation einer sich verschärfenden Finanzkrise zu garantieren... Wir diskutieren über eine Diversifizierung unserer Devisenreserven und über die Anlage realer Reserven, in Form materieller Reserven, die es der russischen Wirtschaft erlaubten, in einer Situation der Destabilisierung des Weltfinanzsystems normal zu funktionieren. Es ist notwendig, über derartige Maßnahmen nachzudenken, die es uns erlauben, die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Ausland aufrecht zu erhalten, sollte das internationale Zahlungssystem in deutlichem Umfang zerstört werden — dies betrifft vor allem die GUS-Staaten, die Europäische Union, China, Indien, und unsere wichtigsten Handelspartner, von denen unsere entscheidenden Importe abhängen.

Mit Ihrer Erlaubnis möchte ich nun unsere parlamentarischen Anhörungen eröffnen und erteile unserem Gast, dem bekannten Philosophen, Historiker und Ökonomen Lyndon LaRouche das Wort.

Vier Kernpunkte einer Finanz- und Währungsreform

Lyndon LaRouche ist Ökonom und amerikanischer Präsidentschaftskandidat für 2004.

Eine Tatsache ist derzeit für die ganze Welt bestimmend: Wir befinden uns in der Endphase des IWF-Systems, zumindest in der Form, wie es sich entwickelt hat seit US-Präsident Nixon Mitte August 1971 die Währungsordnung der „freien Wechselkurse“ einführte. Anders als uns die hysterische Propaganda der gebeutelten Bush-Administration glauben machen will, kann absolut nichts das Weltwährungs- und Finanzsystem in seiner gegenwärtigen Form retten.

Wenn man sich weiterhin weigert, bestimmte notwendige umfassende Reformen dieses Systems zu gestatten, wird das nicht nur zu einer wirtschaftlichen Katastrophe führen, die schlimmer als die Depression der 30er Jahre sein wird. Wenn die derzeitige Krise nicht gestoppt wird, wird sie auch einen demographischen Zusammenbruch bringen, der mehr oder weniger dem vergleichbar ist, was die Historiker das „neue finstere Zeitalter“ Europas nach dem Bankrott des sog. Lombard-Bankensystems im 14. Jahrhundert nennen.

Von einer Wirtschaftspolitik zu reden, die keine rasche und umfassende Reform des IWF-Systems einschließt, wäre daher schlimmer als Zeitverschwendung.

Wir können diesen Zusammenbruch überwinden, aber nur, wenn wir eine internationale Zusammenarbeit mit vier allgemeinen Zielen zustandebringen. Die vier wesentlichen Kategorien umfassender Veränderungen im Währungs- und Finanzsystem sind die folgenden:

1. Die Gesamtsumme der weltweiten Verschuldung übersteigt bei weitem die Summe, die bei den gegenwärtigen Fristen und Bedingungen jemals zurückgezahlt werden könnte. Wenn Schuldner oder Gläubiger überleben wollen, muß ein großer Teil dieser Schulden abgeschrieben werden, als hätten sie nie existiert. Dazu gehören die sog. Finanzderivate, die de facto reine Spielschulden sind. Die moralisch vertretbaren übrigen Schulden sollten hinsichtlich der Höhe und Laufzeit reorganisiert werden, insoweit dies eine wesentliche Vorbedingung für dauerhaftes realwirtschaftliches Wachstum der Pro-Kopf-Produktion ist. Bei dieser Umschuldung müssen wir dem Rat des früheren US-Finanzministers Alexander Hamilton folgen, der darauf bestand, daß der auf ehrliche Weise entstandene Teil der offiziellen Staatsschuld geachtet werden muß, weil dies eine Grundvoraussetzung dafür ist, daß der Staat in der Zukunft neuen Kredit schaffen kann. Die Höhe aller anderen Schulden ist unter Bedingungen einer verheerenden Weltkrise wie der gegenwärtigen verhandelbar.

2. Als praktische politische Maßnahme sollte die Revision des weltweiten Währungs- und Finanzsystems die besten Elemente der Zusammenarbeit zwischen den USA, Westeuropa und Japan von 1945-58 einschließen. Dies bedeutet ein streng protektionistisches Währungs- und Finanzsystem, das auf eine echte Partnerschaft völlig souveräner Nationalstaaten gegründet ist.
3. Die Grundlage dieser Reorganisation des Weltfinanz- und Währungssystems sollte eine großangelegte, langfristige Zusammenarbeit bei der Entwicklung der nationalen und transnationalen Infrastruktur sowie ein besonderes Schwergewicht auf ausgewählten Zielen wissenschaftlich-technischen Fortschritts sein. Den Dreh- und Angelpunkt des weltweiten Wirtschaftswachstums sollte ein neues System transkontinentaler Zusammenarbeit zwischen den souveränen Nationen des eurasischen Kontinents bilden.
4. Bestimmte Regionen in einer oder mehreren Nationen, die „sprudelnde Quellen“ moderner wissenschaftlicher und technischer Produkte für andere Regionen sein können, wo diese Technik nicht ausreichend verfügbar ist, sollten als Kreditgeber — nicht von rein finanziellem Kredit, sondern von langfristigen Einkaufskrediten mit nominellen Zinsen — ausersehen werden. Eurasien sollte im Mittelpunkt eines solchen weltweiten wirtschaftlichen Aufschwungs und Wachstums stehen, doch die ganze Welt wird aus der Mitwirkung als Partner aus diesem Vorhaben Nutzen ziehen.

Da der Grundzyklus der Entwicklung bezüglich Infrastruktur und moderner Technik etwa ein Vierteljahrhundert ist, sollte auch das Kredit- und Zahlensystem auf solchen Zyklen von etwa einer Generation beruhen. Die Zinsen auf solche Einkaufskredite sollten bei 1-2% liegen.

Unter Bedingungen, die durch den allgemeinen Bankrott der großen Bankensysteme der Welt entstanden sind, müßte der notwendige Kredit durch die politische Initiative souveräner Nationen geschaffen werden. Die entsprechenden Vereinbarungen sollten dabei an der Spitze von neu zu gründenden Nationalbankinstitutionen koordiniert werden.

Es wird unvermeidlich Stimmen geben, die gegen die Rückkehr zu den protektionistischen Methoden, wie wir sie mit Namen wie Leibniz, Hamilton, List und Carey verbinden, lauthals Protest erheben. Doch auch das lauteste Protestgeschrei ändert nichts an der Tat-

sache, daß sich das System von „Freihandel“ und „Globalisierung“ im Vergleich zu der protektionistischen Ära 1945-58 als katastrophaler Fehlschlag erwiesen hat. Die USA — die vermeintlich stärkste Volkswirtschaft der Welt — ist heute bankrott und bei einer Fortsetzung der gegenwärtigen Politik der Bush-Administration sogar hoffnungslos bankrott. Unterdessen bildet die Bewegung hin zur Zusammenarbeit auf dem eurasischen Kontinent bereits den Eckstein für die Art von Zusammenarbeit, die wir brauchen, um zumindest große Teile der Welt vor der derzeit heranstürmenden Finanz-, Währungs- und Handelskrise zu bewahren.

Die Rolle der USA

Da die derzeitige Bush-Administration in den USA alle Reformen der von mir eben skizzierten Art hysterisch ablehnt, mag es vielen erscheinen, als seien diese Reformen unrealistisch. Aber hinter der Maske der Mischung aus Selbsttäuschung und bewußter Täuschung bei dieser Administration steckt eine Realität, die sich ziemlich weitgehend von jener unterscheidet, die sich viele auf der Welt haben vorgaukeln lassen.

Betrachtet man die weitverbreitete Internetkonferenz und andere Berichte, die ich seit Ende November vergangenen Jahres herausgegeben habe, dann ist die jetzige Bush-Administration dem falschen politischen Kurs gefolgt, vor dem ich in der Zeit vor dem 20. Januar diesen Jahres warnte. Die erste Phase eines Aufstands gegen die von mir warnend vorhergesagten Fehler hat bereits stattgefunden, indem die Demokratische Partei die Mehrheit im US-Senat wiedergewann.

Jetzt, da sich das zweite Quartal 2001 als noch schlimmere Katastrophe als das erste erwies und das dritte begonnen hat, werden die momentan wichtigsten innenpolitischen Themen in den USA — Energie, Inflation und Gesundheitswesen — einer zunehmenden Panik über den unübersehbaren Ansturm einer allgemeinen Wirtschaftsdepression weichen.

Mit dem sich gegenwärtig beschleunigenden Zusammenbruch der USA als wichtigstem „Importeur der letzten Instanz“ für die ganze Welt wird die Welt die globale Krise so sehr spüren, daß die Notwendigkeit einer allgemeinen, praktisch weltweiten Währungs- und Finanzreform zum wichtigsten Thema der politischen Debatte in vielen Teilen der Welt einschließlich der USA werden wird.

Ich kann nicht vorhersagen, ob die USA zu der wirtschaftlichen Zusammenarbeit bereit sein werden, die Putin bereits international anstrebt. Ich sage nur, daß es angesichts des Stimmungswandels, der sich jetzt in den USA anbahnt, die Politik der USA sein sollte, Fanatiker wie Zbigniew Brzezinski fallenzulassen und statt dessen an der eurasischen Entwicklungsperspektive mitzuarbeiten. Man sollte hierin eine Politik sehen, die es sehr wohl wert ist, realisiert zu werden.

Immer mehr einflußreiche Kreise in den USA, in der Demokratischen Partei und anderswo, sind jetzt überzeugt davon, daß meine Warnungen und Vorschläge relevant sind. Ich genieße zur Zeit für meine Bemühungen eine recht beträchtliche Unterstützung in den USA und im Ausland. Aber da in der Politik das Gute niemals vom Schicksal garantiert ist, müssen wir für den Erfolg um so mehr arbeiten.

Diesmal wird es die USA treffen

Prof. Tatjana Korjagina ist Leitende Wirtschaftsforscherin am Makroökonomischen Institut des russischen Ministeriums für Wirtschaftsentwicklung und repräsentiert auch das Schiller-Institut in Moskau.

Unsere Expertengruppe studiert die Weltfinanzkrise in einem breiteren Rahmen als nur dem rein finanziellen; ich will versuchen, den Verlauf unserer Untersuchungen darzustellen.

Im Herbst 1997 wurden wir von einer großen Industriefinanzgruppe in Moskau gebeten, eine solche Analyse anzufertigen. Wir lieferten unserem Kunden das Ergebnis Ende März 1998 ... Im Juni 1998 hatte ich dann Gelegenheit, bei einer öffentlichen praktisch-wissenschaftlichen Konferenz zu reden, die vom Innenministerium am Institut für die Bekämpfung des Organisierten Verbrechens ausgerichtet wurde. Dort beschränkte ich mich auf die pessimistischste Variante unserer Prognosen, eine Abwertung des Rubel um den Faktor 5-7 im Herbst. Das Publikum war, milde ausgedrückt, schockiert. Den ganzen Vormittag hatte ich auf dem Podium gesessen, aber nach meiner Rede

waren sie so verängstigt, daß man mich nicht wieder auf das Podium einlud, obwohl alle meine Kollegen noch weiter dort saßen. Auch in den Massenmedien wurde ich angegriffen.

Warum konnte ich mich auf die pessimistische Variante beschränken? Im Mai war die Regierung gestürzt, und Herr Kirijenko wurde zum neuen Ministerpräsidenten ernannt. Für uns Analysten bedeutete dies, daß sich der Gang der Geschichte beschleunigte — daß sich die Ereignisse in der schlimmsten von uns angenommenen Art und Weise entfalten würden, ja wahrscheinlich sogar noch schneller, als wir es in der Prognose vom „schwarzen Herbst“ angenommen hatten. Und so geschah es auch ...

Unsere Vorhersage war sehr präzise — bis auf den Monat, ja fast den Tag. Der Rubel fiel bereits in den ersten Augusttagen 1998 — erst um das dreifache,

dann um das 4,3fache. Das lag sehr nahe an unserer pessimistischen Vorhersage.

Viele Kollegen hier kennen mich und wissen, daß ich parallel zur gewöhnlichen Wirtschaft auch die sowjetische und russische „Schattenwirtschaft“ studiere. Als ich dann sozusagen an beiden Ohren in die Politik hineingezogen wurde, während ich gerade die einheimische Schattenwirtschaft erforschte und dies auch auf die transnationale Schattenwirtschaft ausdehnte, landete ich unweigerlich bei Analysen, die manchmal „Verschwörungstheorien“ genannt werden. Diese spezielle Analyseverfahren erlaubt eine Feinabstimmung der Forschungsergebnisse und quantitativen Schätzungen hinsichtlich der Zeit wie auch anderer Parameter.

Der August 2001

Ich kann hier nicht auf die Einzelheiten der Grundlagen unserer Vorhersage eingehen, die ich Ihnen nun präsentiere. Ich bitte Sie einfach, mein Wort darauf zu nehmen, so wie das einige Kollegen im Publikum des Innenministeriums damals taten.

Meine Vorhersage ist, daß sich wiederum im August große Ereignisse abspielen werden. Der Hauptschlag wird die Vereinigten Staaten von Amerika treffen. Mein Kollege Andrej Kobjakow hat hier erklärt, seine Analysen ergäben, daß das Auge des Orkans in Amerika liegen werde. Ich möchte dem nur hinzufügen, daß dies mit Absicht so sein wird.

Viele meiner Vorredner nannten Personen der Finanzwelt [und Größenordnungen der internationalen

Kapitaltransfers] ... Aber man tut beharrlich so, als sei es unnötig, zu analysieren, wer diese Gelder transferiert. Wer sind die Ausländer bezüglich der amerikanischen Wirtschaft? Woher kommen diese Investitionen?

Wenn wir hier unsere zusätzlichen Analysen und Methoden hinzuziehen, dann wird das Bild ziemlich klar. Man kann alles erkennen, einschließlich der beteiligten Personen.

Daraus ziehe ich folgende Schlußfolgerung. Es wird dieses Mal die Vereinigten Staaten treffen, und die Krise wird sich in einem anderen Tempo entwickeln als die von 1997-98. Damals zog sich die Handlung in die Länge; hier wird sie konzentrierter sein. Es wird wie der „Urknall“ des Universums sein. Und es wird sich auf alle Kontinente ausbreiten. Viele Regierungen werden hinweggefegt. Das Währungs- und Finanzsystem der Welt wird sich ändern. In Rußland wird ganz ohne Zweifel der freie Devisenverkehr eingestellt werden. Und die schätzungsweise 100 Mrd. Dollar, die gegenwärtig als Bargeld in unserem Land zirkulieren, werden bei den russischen Bürgern plötzlich für einen gewaltigen Schock sorgen ... Leute mit viel Geld werden mit ihren ‚greenbacks‘ das Badezimmer tapezieren, wo sie dann das Portrait eines ehemaligen amerikanischen Präsidenten bewundern können.

Es wird einen Führungswechsel in den USA geben, und in Rußland Neuwahlen. Im Herbst wird es ein neues Parlament und eine andere Regierung geben, aber der Präsident wird der gleiche bleiben.

Dabei möchte ich es bewenden lassen, obwohl ich noch sehr viel sagen könnte. Gebe Gott, daß meine Vorhersage sich als falsch erweisen möge!

Die Eurasische Landbrücke als Kriegvermeidungsstrategie

Helga Zepp-LaRouche ist die Vorsitzende des Schiller-Instituts in Deutschland und Initiatorin zahlreicher Schiller-Institute rund um die Welt.

Seit dem Gipfeltreffen in Halifax 1995 und vor allem seit der Zahlungskrise der russischen Regierungsanleihen und dem Beinahe-Zusammenbruch des Hedgefonds LTCM (Long Term Capital Management) griffen die Regierungen der G-7 nur zu einem Mittel: Sie pumpten unglaubliche Mengen an Liquidität in die Finanzmärkte. Die spekulative Blase der „New Economy“, die eine direkte Folge dieses Liquiditätspumpens war, platzt nun, während die Inflation, die bisher eine Wertpapier-Preis-inflation war, nun als Güterpreis-inflation um sich greift und sich auf eine Hyperinflation zubewegt. Gleichzeitig büßen die USA infolge ihrer binnenwirtschaftlichen Schwierigkeiten ihre Rolle als „Importeur der letzten Instanz“ ein, was besonders die asiatischen Märkte trifft. Die Tendenz zur Wirtschaftsdepression zeigt sich weltweit in Form von Banken Krisen, Massenentlas-

sungen usw. Es droht ein Zusammenbruch des Weltfinanzsystems in einem Ausmaß, wie man es seit dem 14. Jahrhundert nicht mehr erlebt hat.

War diese Entwicklung absehbar? Die Antwort ist ein lautes und deutliches „Ja“.

Das Produktive Dreieck

Als im November 1989 nach dem Fall der Berliner Mauer erste Anzeichen für die Auflösung des Warschauer Paktes und der Sowjetunion sichtbar wurden, warnte Lyndon LaRouche, wenn man versuchen sollte, das zusammenbrechende Wirtschaftssystem des Ostens durch das gleichermaßen bankrotte freimarktwirtschaftliche System des Westens zu ersetzen, werde dies katastrophale Folgen haben. Der seit 25 Jahren andauernde Wertewandel, der über eine lange Reihe

neoliberaler Maßnahmen die Grundlagen der Wirtschaft zugunsten der Spekulation untergraben hatte, werde unvermeidlich zum Kollaps des Systems führen.

LaRouche schlug vor, statt dessen zu den Prinzipien der physischen Wirtschaft in der Tradition von Leibniz, List, Mendelejew und Witte zurückzukehren. Er präsentierte seine große Vision des „Produktiven Dreiecks Paris-Berlin-Wien“ als Lokomotive der infrastrukturellen und wirtschaftlichen Integration Ost- und Westeuropas sowie der Entwicklung des Ostens. Die Idee war, die nun nicht länger voneinander getrennten Industriezentren innerhalb dieses Dreiecksgebietes (das etwa die Größe Japans hat), die zu den entwickeltsten Industrieregionen der Welt zählten, durch moderne Infrastruktur, wie etwa die Magnetbahn Transrapid, miteinander zu verbinden. Investitionen in Zukunftstechnologien sollten die Produktivität der Arbeitskraft und die Gütererzeugung steigern sowie die Exporte, besonders der Technologie- und Investitionsgütersektoren, erhöhen.

Von diesem Produktiven Dreieck sollten „Entwicklungskorridore“ ausgehen — von Berlin nach Warschau und St. Petersburg, über Prag und Kiew nach Moskau und über den Balkan nach Istanbul. Integrierte Infrastrukturvorhaben mit Hochgeschwindigkeits-Eisenbahnen, Autobahnen, Wasserwegen und computergesteuerten Bahnhöfen sollten die „Verkehrsarterien“ dieser etwa 100 Kilometer breiten Korridore bilden, entlang derer die modernsten Technologien und Industrien in den Osten gebracht werden sollten.

Anstatt den angeblich veralteten Industrien des Comecon den Todesstoß zu versetzen, wie es die „Reformer“ des Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Schocktherapie taten, hätten die Industriekapazitäten des Ostens, auch wenn sie vielleicht aus der Sicht des Weltmarkts veraltet waren, noch einen wichtigen Beitrag zum Aufbau der Verkehrsarterien und -netze übernehmen können.

LaRouches Warnung vor der Gefahr der freien Marktwirtschaft sowie seine Vision vom Produktiven Dreieck als Lokomotive eines Wiederaufbauprogramms im Osten und damit als Kern eines weltweiten Wiederaufbaus wurden von mir und anderen Mitgliedern des Schiller-Instituts seit Januar 1990 mit zahlreichen Konferenzen und Veröffentlichungen allen führenden Kreisen in Ost- und Westeuropa und auch einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht. Wären diese Programme damals umgesetzt worden, hätten sie den größten Wirtschaftsboom des Jahrhunderts ausgelöst.

Aber diese große Chance, zum ersten Mal im 20. Jahrhundert die Ost-West-Beziehungen auf eine völlig neue Grundlage des „Friedens durch Entwicklung“ zu stellen, wurde vertan. Margaret Thatcher, François Mitterrand und George Bush sen. wählten die geopolitische Option, Rußland als möglichen Konkurrenten aus den Weltmärkten herauszudrängen und zum Rohstoffexporteur zu degradieren. Bush proklamierte die „Neue Weltordnung“, die sich ebenso wie die Globalisierung als Ausdruck eines anglo-amerikanischen Unilateralismus entpuppte.

Eine weltweite Bewegung für die Landbrücke

Als die Desintegration der Sowjetunion 1991 eine neue politische und wirtschaftliche Perspektive erforderte, schlug LaRouche vor, das Produktive Dreieck zur „Eurasischen Landbrücke“ zu erweitern. Diese Landbrücke sollte entlang dreier Hauptkorridore verlaufen:

Route A: die Transsibirische Eisenbahn und die antike Seidenstraße

Route B: von China über Zentralasien bis nach Osteuropa

Route C: von Indonesien über Indien, den Iran und die Türkei nach Westeuropa.

Über ein Netz von Nebenkorridoren sollte der gesamte eurasische Kontinent verbunden werden. Diese Korridore sollten nicht nur einfache Verkehrsverbindungen sein, sondern Infrastrukturarterien, die den Transfer moderner Technik ermöglichen, so daß man nicht nur Rohstoffe fördern, sondern diese auch an Ort und Stelle weiterverarbeiten und so moderne Industrien aufbauen könnte. Zum ersten Mal könnten diese landeingeschlossenen Gebiete des riesigen eurasischen Kontinents die geographischen Vorteile genießen, die bisher das Privileg der Nationen mit Meereszugang gewesen waren.

Um die Bevölkerung und das zu erwartende Bevölkerungswachstum zu versorgen, sollten vor allem in den dichtbesiedelten Regionen Asiens etwa tausend neue Städte entlang der Korridore errichtet werden. Inhärent sichere Kernreaktoren wie der Hochtemperaturreaktor sollten der Industrie, der Landwirtschaft und den Städten Energie im Überfluß liefern. Von 1992 bis heute hat das Schiller-Institut dieses Konzept der Eurasischen Landbrücke — mitsamt seinen Erweiterungen über die Bering-Straße nach Amerika und über den Nahen Osten nach Afrika — als weltweites Wiederaufbauprogramm für eine neue, gerechte Weltwirtschaftsordnung Tausenden Menschen auf Konferenzen und in Seminaren auf allen fünf Kontinenten vorgelegt.

Nach dem „Internationalen Symposium zur Entwicklung der Regionen entlang der Eurasischen Landbrücke“ in Beijing — das nach zweijähriger intensiver Vorbereitung auf Vorschlag des Schiller-Institutes stattfand und auf dem Dr. Jonathan Tennenbaum und ich sprachen — intensivierten wir diese Mobilisierung. Wir organisierten parallel dazu auch zahlreiche Seminare, an denen Vertreter der verschiedenen eurasischen Kulturen teilnahmen, um auf diese Weise das gegenseitige Verständnis der wissenschaftlichen, philosophischen und kulturellen Traditionen zu vertiefen — und um da, wo sie Ähnlichkeiten hatten, die Grundlagen für einen Dialog der Kulturen zu vertiefen. Ich kann mit Stolz sagen, daß wir eine weltweite Bewegung für die Eurasische Landbrücke geschaffen haben.

Die Lehren von 1931 für heute

Da ich Deutsche bin, möchte ich das Problem auch von einem spezifisch deutschen Standpunkt aus beleuchten. Auf der einen Ebene ist es offensichtlich, daß die Entwicklung Eurasiens im grundlegenden Eigeninteresse Deutschlands ist. Denn aufgrund des relativen Mangels an Rohstoffen kann die deutsche Wirtschaft nur funktionieren, wenn sie sich vorrangig darauf konzentriert, ständig Fortschritte in Wissenschaft und Technik zu schaffen und im Produktionsprozeß anzuwenden, und wenn Deutschland über wachsende Exportmärkte mit immer stärker prosperierenden Abnehmern verfügt. Unter dem „freien Markt“ und der „Globalisierung“ hat Deutschland viele seiner traditionellen Märkte verloren und ist daher auf die Perspektive der eurasischen Landbrücke angewiesen.

Es gibt noch eine tiefere Ebene: Wir Deutsche erinnern uns sehr genau an den Zusammenhang zwischen Depression und Krieg. Vor dem Hintergrund der Gefahr einer weltweiten Depression und den vielen Krisenherden, aus denen sich schreckliche neue Kriege entwickeln könnten, ist es sinnvoll, sich die Diskussion in Erinnerung zu rufen, die in Deutschland in der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre geführt wurde.

1991 wurden die Redebeiträge einer geheimen Konferenz der Friedrich-List-Gesellschaft vom 16.-17. September 1931 veröffentlicht. Thema der Konferenz war die Frage, wie man die Wirtschaft unter den Bedingungen einer gleichzeitigen Depression und einer Krise des Finanzsystems wieder in Schwung bringen könne. Zu den Teilnehmern gehörten der damalige Reichsbankpräsident Dr. Hans Luther und etwa 30 führende Bankiers, Industrielle und Ökonomen. Hauptredner war Dr. Wilhelm Lautenbach, ein wichtiger Ökonom und hoher Beamter im deutschen Wirtschaftsministerium.

In seiner Denkschrift argumentierte Lautenbach: „Der natürliche Weg zur Überwindung eines wirtschaftlichen und finanziellen Notstandes ist... nicht Einschränkung, sondern Leistungssteigerung. Der Markt aber, der einzige Regulator der kapitalistischen Wirtschaft, gibt offensichtlich keinerlei positive

Direktiven.“ Eine Depression oder ein Zusammenbruch des Finanzsystems sei durch den „paradoxen Zustand gekennzeichnet, daß trotz außerordentlich gedrosselter Produktion laufend die Nachfrage hinter dem Angebot zurückbleibt, und sich daher die Tendenz zu immer weitergehender Produktionsdrosselung“ durchsetze. Weder eine Ausgabenkürzung, die öffentliche Aufträge und die Massenkauftkraft weiter reduziere, noch Zinssenkungen oder Steuererleichterungen könnten das Problem lösen, sondern verschärften es nur, erklärte Lautenbach.

Der Schlüssel zur Lösung sei es, „Warenüberschüsse, brachliegende Produktionsanlagen und brachliegende Arbeitskräfte“ zu nutzen. Der Einsatz dieses starken ungenutzten Produktionsspielraums sei „die eigentliche und dringendste Aufgabe der Wirtschaftspolitik, und sie ist im Prinzip verhältnismäßig einfach zu lösen.“ Der Staat müsse einen „neuen volkswirtschaftlichen Bedarf“ erzeugen, der aber, das ist Bedingung, „volkswirtschaftlich eine Kapitalanlage darstellt. Hierbei ist an solche Aufgaben zu denken wie... öffentliche oder mit öffentlicher Unterstützung durchgeführte Arbeiten, die für die Volkswirtschaft einen Wertzuwachs bedeuten und bei Wiederkehr normaler Verhältnisse ohnehin ausgeführt werden müßten“ — wie bspw. der Bau von Straßen, Autobahnen und Eisenbahnen.

Lautenbach argumentiert dann weiter, diese Anschubfinanzierung der Infrastruktur- und Investitionsprojekte führe zu einer ansteigenden Konjunktur der Gesamtwirtschaft. Die Steigerung des Steueraufkommens der boomenden Wirtschaft wäre dann größer als die staatlichen Anschubkredite.

Wäre der Lautenbach-Plan 1931 umgesetzt worden, dann hätten sich die wirtschaftlichen und politischen Bedingungen so verbessert, daß die Nationalsozialisten keine Chance gehabt hätten, an die Macht zu kommen, und der Zweite Weltkrieg hätte verhindert werden können.

Daher ist heute die Verwirklichung der Eurasischen Landbrücke die beste Kriegsvermeidungspolitik und die notwendige Vision der Hoffnung für die Menschen, die ein besseres 21. Jahrhundert verdienen, als es das 20. Jahrhundert war.

Der unvermeidbare Crash

Folgende Erklärung wurde vom Internationalen Presseklub in Moskau über die Pressekonferenz mit Lyndon LaRouche am 28. Juni verbreitet.

„Der Crash des Weltfinanzsystems in seiner gegenwärtigen Form ist unvermeidbar. Das Potential für einen Ausweg aus der Wirtschaftskrise liegt auf dem eurasischen Kontinent und vor allem in Rußland — laut russischen und ausländischen Ökonomen.“

Dargelegt wurde dies auf einer Pressekonferenz im Zentralen Haus der Journalisten von dem Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses der Staatsduma der Russischen Föderation S. Glasjew, dem bekannten amerikanischen Ökonomen, Gründer und Herausgeber des Nachrichtenmagazins *Executive Intelligence Review* Lyndon LaRouche, der Präsidentin des Internationalen Schiller-Instituts (Deutschland) Helga Zepp-LaRouche, dem wissenschaftlichen Berater des Internationalen Schiller-Instituts (Deutschland) Jonathan Tennenbaum sowie dem Präsidenten des Zentrums für Systemprognosen, D. Mitjajew.

Im einzelnen merkte S. Glasjew an, die Finanzkrisen, die in den letzten Jahren in den Vereinigten Staaten häufiger würden, zögen für Rußland, dessen Wirtschaft außergewöhnlich verwundbar und von ausländischen Währungen abhängig sei, ernste Folgen nach sich. Die unausgeglichene Struktur der staatlichen Gold- und Devisenreserven, die nicht mit der Struktur des russischen Außenhandels und der Schuldenverpflichtungen übereinstimme, schaffe die Gefahr, laufende und langfristige Verpflichtungen nicht erfüllen zu können, wenn die USA ihre Politik des „starken Dollar“ aufgeben sollten. Nach Meinung von S. Glasjew liegt der Ausweg aus der jetzigen Lage in Maßnahmen zur Stärkung der Landeswährung und Erhöhung der Stabilität des Rubel als Geldeinheit, um seinen Status als völlig vom Dollar abhängige Ersatzwährung zu beenden.

Eine der vorgeschlagenen Methoden wäre die vollständige Umstellung des Außenhandels auf Rubelzahlungen. Dennoch bleibe das grundlegende Problem heute, daß weder die russische Zentralbank, noch das Finanzministerium die weltweiten Tendenzen, die sich im Zusammenhang mit den Finanzkrisen und dem Produktionsrückgang in allen führenden Zentren der Weltwirtschaft — den USA, der EU, und Japan — abzeichneten, erkennen, oder vielleicht einfach nicht erkennen wollten.

„Die Zentralbank und der Finanzminister glauben lieber inbrünstig an den Dollar und seine Stabilität und halten die Bindung der russischen Wirtschaft an die amerikanische Währung für einen Anker, der dem Land wirtschaftliche Stabilität gibt. Wenn die Wirt-

schaftspolitik nicht in naher Zukunft geändert wird, wird für Rußland ein technischer Bankrott im Jahr 2003 unvermeidbar“, schloß Glasjew.

Der amerikanische Ökonom L. LaRouche stellte seine Ansichten über die allgemeinen weltweiten ökonomischen Tendenzen und die Rolle Rußlands im globalen Wirtschaftsprozeß vor. Vor allem, merkte er an, müsse das Weltfinanzsystem umstrukturiert werden, verbunden mit einer Verlagerung des Zentrums der Weltwirtschaft auf den eurasischen Kontinent — nach Rußland und Asien. Zweitens gab der amerikanische Wissenschaftler eine positive Einschätzung der außenpolitischen Schritte der neuen russischen Führung zur Stärkung ihrer Beziehungen zu asiatischen Ländern und zur Europäischen Union.

„Der Schritt, den Herr Putin in Shanghai unternahm, betrachte ich als ökonomisch sehr bedeutsam: Dort wird die Idee einer einheitlichen eurasischen Achse wiedergeboren, an der Rußland, China und Indien liegen werden. Darüber hinaus betrachte ich den zwischen russischen und deutschen Stellen begonnenen Dialog als konstruktiv“, hielt LaRouche fest. Der amerikanische Ökonom bewertete die Politik der neuen amerikanischen Regierung in den USA negativ und erläuterte, alle Initiativen von Bush Junior seien gescheitert und hätten nur die Kluft zwischen den USA und Westeuropa vergrößert.

LaRouches Meinung über den gegenwärtigen Zustand der US-Wirtschaft wurde vom wissenschaftlichen Chefberater des Internationalen Schiller-Instituts Jonathan Tennenbaum unterstützt, der das amerikanische Finanzsystem leidenschaftlich als „globalen Alptraum“ bezeichnete.

Weitere Fragen, die in der Pressekonferenz berührt wurden, waren der Umlauf von Schuldscheinen und das Leasingsystem in Rußland, die Möglichkeit eines neuen Staatsbankrotts, der Globalisierungsprozeß und die Notwendigkeit der Entwicklung eines Pakets von Antikrisenmaßnahmen durch die Zentralbank und das Finanzministerium, um die negativen Folgen der Gezeitenwellen der Weltwirtschaft abzuwehren.

Diese und andere Probleme werden bei den bevorstehenden parlamentarischen Anhörungen „Über Maßnahmen zur Entwicklung der russischen Wirtschaft unter Bedingungen der Destabilisierung des Weltfinanzsystems“ am 29. Juni in der Staatsduma der Russischen Föderation von einer größeren Personengruppe im einzelnen erörtert werden.

LaRouche spricht im Lebedew-Institut

„Mir ist klar geworden, daß LaRouche ein großer wissenschaftlicher Denker ist“, meinte ein russischer Biologe, der am 28. Juni einen Vortrag Lyndon LaRouches im großen Hörsaal des Lebedew-Physikinstituts in Moskau verfolgt hatte. An gleicher Stelle hatte im vergangenen Jahr die Gedenkfeier für den verstorbenen Prof. Taras Wasiljewitsch Muraniwskij, den damaligen Präsidenten des Schiller-Instituts in Rußland, stattgefunden.

Vor etwa 150 versammelten Wissenschaftlern sprach LaRouche über das „unvollendete Werk Wernadskijs“. Er stellte dar, daß seine eigenen Erkenntnisse über die Natur schöpferischer Entdeckungen ein entscheidendes zusätzliches Element ist, das bisher in Wernadskijs Konzept der Noosphäre gefehlt hat. LaRouches Vortrag bedeutete eine nicht unerhebliche Herausforderung für die Zuhörer, insbesondere seine Polemik gegen Formalismus und Lehrbuchwissen, dem LaRouche das Prinzip gegenüberstellte, „das Denken eines Entdeckers in sich aufzunehmen“.

LaRouches Ausführungen folgte eine lebhaft und weitreichende Diskussion. Es wurden Fragen gestellt wie: „Bitte erläutern Sie noch einmal, was der entscheidende Punkt in Riemanns

Habilitationsschrift über die Hypothesen in der Geometrie ist, der sich auf die Noosphäre bezieht“, „Warum bezeichnen Sie Marx als britischen Ökonomen?“, „Meinen Sie, es gebe ein Wirtschaftssystem, das für alle Länder auf der Welt geeignet wäre?“, „Was ist die Beziehung zwischen wissenschaftlichem Denken und Religion?“ usw.

Viele der Teilnehmer kannten LaRouches ins Russische übersetzte Buch „Was Sie schon immer über Wirtschaft wissen wollten“ und kamen am Ende der Veranstaltung ans Podium, um ihr Buchexemplar vom Autor signieren zu lassen. Es wurde der Wunsch laut, mehr von LaRouches Schriften auf Russisch zu veröffentlichen.

In einer kurzen Bemerkung zum Abschluß des Vortrags im Lebedew-Institut erklärte Prof. Tatjana Korjagina, die das Schiller-Institut in Rußland repräsentiert: „Stellen Sie sich vor, die Vereinigten Staaten hätten die Möglichkeit, eine Persönlichkeit mit einer solchen Integrität und so profundem Wissen zum Präsidenten zu wählen. Statt dessen wurde er ins Gefängnis geworfen. Dies zeigt, wie dumm die Leute geworden sind.“

Nähere Informationen:

Telefon 0511-868625

Fax 0511-868511

E-Mail: info@schiller-institut.de

Alle Beiträge erschienen in der Wochenzeitung *Neue Solidarität*, 28 Jhrg. Nr. 28, 11.7.2001

Impressum: Herausgegeben vom Schiller-Institut, Vereinigung für Staatskunst e.V., Postfach 121 380, D-30866 Laatzen. Verantwortlich für den Inhalt: Rainer Apel, Postfach 121 380, D-30866 Laatzen. **Juli 2001**